Zur Zeit- und Weltlage

Vorträge
gehalten von Wiener Universitätslehrern

auf Veranlassung des Ausschusses
für Volkstümliche Universitätskurse.

4.

Der Krieg und die Volkswirtschaft.

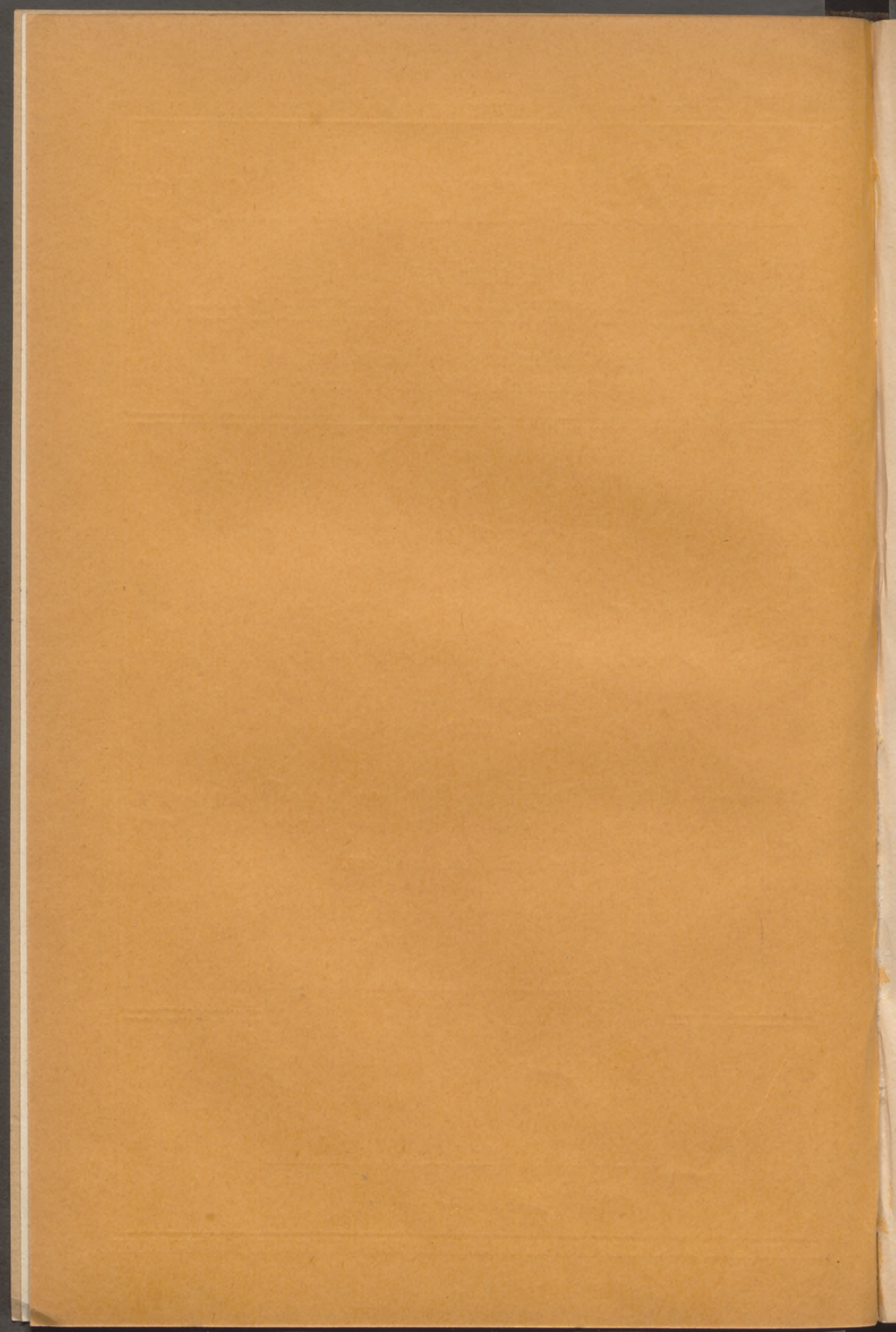
Von

Prof. Dr. Julius Landesberger

Bankpräsident in Wien.



Ed. Hölzel, Wien.



Zur Zeit- und Weltlage

Vorträge gehalten von Wiener Universitätslehrern

auf Veranlassung des Ausschusses
für Volkstümliche Universitätskurse.

4.

Der Krieg und die Volkswirtschaft.

Von

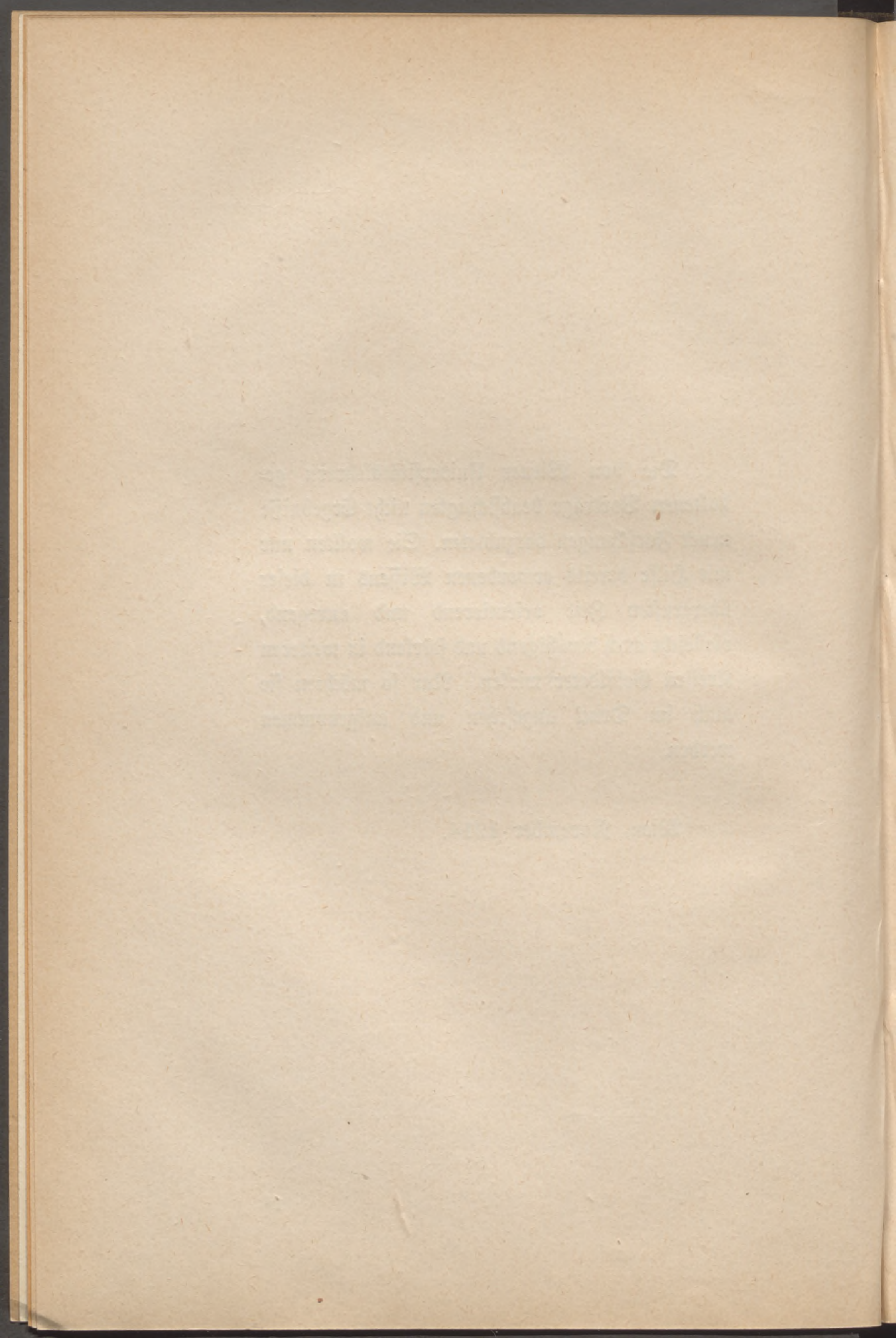
Professor Dr. Julius Landesberger

Bankpräsident in Wien.

Ed. Hölzel, Wien 1915.

Die von Wiener Universitätslehrern gehaltenen Vorträge beabsichtigten nicht Ergebnisse neuer Forschungen darzubieten. Sie wollten nur mit Hilfe bereits erworbenen Wissens in dieser überernsten Zeit orientierend und anregend, vielleicht auch beruhigend und stärkend in weiteren Kreisen Gebildeter wirken. Nur so möchten sie auch im Druck angesehen und aufgenommen werden.

Wien, November 1914.



Ich muß damit beginnen, daß ich den Titel dieses Vortrages umkehre: Die Volkswirtschaft und der Krieg. Dieser Krieg aller gegen alle, den die Utopie eines Hobbes in die Urzeit der Menschheit, die Wirklichkeit aber in unser Zeitalter verlegt hat, wird wohl das Antlitz Europas verändern, aber er ist kein tektonisches Erdbeben im politischen Sinne wie der Balkankrieg. Das Eingreifen Großbritanniens verweist ihn auch in die Domäne der wirtschaftlichen Geschichtsbetrachtung. Im Jahre 1903 konnten wir uns trotz des französisch-russischen Bündnisses noch mit Rußland in Mürzsteg verständigen. Seit dem englisch-französischen Marokko-Abkommen 1904, womit England seine splendid isolation aufgab und das wenige Jahre später zur Entente cordiale auch mit Rußland führte, wurde aber jede europäische Frage zur europäischen Kriegsgefahr: Algeciras, die bosnische Annexion, die Affäre von Agadir der Balkankrieg und schließlich auch das Verbrechen von Sarajewo. Großbritannien hatte mit uns überhaupt keinen Konfliktsstoff und knüpfte mit Deutschland in den letzten, Jahren wiederholt Verhandlungen an, aber seine intentio eventualis war und blieb der Krieg — nicht etwa gegen uns oder den Militarismus, sondern gegen Deutschlands wirtschaftliche Weltstellung. Hat diese Weltstellung politisch aggressiven Charakter besessen? Hat Deutschland zur Durchsetzung seiner wirtschaftlichen Expansion die Aufrichtung einer politischen Hegemonie in Europa angestrebt?

Die Beantwortung dieser Fragen wird meines Erachtens das Urteil des künftigen Geschichtsschreibers über die Grenzen und Maße der Verantwortung für diesen Krieg bestimmen.

Zu Pfingsten dieses Jahres habe ich in einem Artikel über das inhaltsreiche kleine Buch des Berliner Nationalökonomen und Bankdirektors Helfferich: „Deutschlands Volkswohlstand während der Regierungszeit Wilhelms II. 1888—1913“ den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands zu charakterisieren versucht. Ich sagte damals: „Deutschlands Heer und Flotte sind sicherlich einer der mächtigsten bestimmenden Faktoren der Weltpolitik geblieben: aber als treibendes, wirksames, politische Spannungen schaffendes, auslösendes und tilgendes Moment der Weltpolitik treten die wirtschaftliche Weltstellung des Deutschen Reiches und deren Ansprüche stärker in Erscheinung als seine militärische und maritime Potenz. Der Platz an der Sonne, den Deutschland beansprucht, ist im ökonomischen und nicht im militärischen oder eigentlich politischen Sinne zu verstehen. Kein stärkerer Gegensatz ist denkbar und zugleich keiner, der das Gesagte heller ins Licht stellt, als die Macht- und Weltstellung Deutschlands verglichen mit jener Frankreichs unter dem ersten Napoleon.“

Ich halte diese Worte auch heute aufrecht, trotz des Weltkrieges; ich halte sie aufrecht, obwohl heute gegen Deutschland und uns eine noch größere Koalition unter Führung Englands im Felde steht, als sie vor hundert Jahren unter der gleichen Führung gegen Napoleon vereinigt war. Napoleon benützte seine militärische Übermacht, um den niedergerungenen Völkern Europas sein gegen England gerichtetes wirtschaftliches System, die Kontinentalsperre, aufzuzwingen. Deutschland hat Ähnliches nie getan. Im Gegenteil: Großbritannien versucht es heute, die militärische und politische

Machtstellung Deutschlands zu brechen, um ihm wirtschaftlich das „Gesetz des Handelns" diktieren zu können. Das ist der Gegensatz zwischen 1814 und 1914. Dieser These widerspricht auch nicht die Geste Deutschlands in Agadir. Sie war schroff, aber nicht schroffer als beispielsweise die Geste Englands in Faschoda. Allein sie war nicht aggressiver, sondern defensiver Natur. Frankreichs Revancheidee war seit 43 Jahren ein unveränderlicher Pol der europäischen Politik; aber hat sich denn nicht Deutschland bemüht, Frankreich wirtschaftlich entgegenzukommen? Elsaß-Lothringens Verlust, aber ebenso Elsaß-Lothringens Gewinn führten wirtschaftlich zu einer Anpassungskrise in beiden Ländern, die aber 1879/80 zu Ende ging; und die Fessel der ewigen Meistbegünstigung, die sich die beiden Reiche im Frankfurter Frieden an den Fuß gelegt hatten und die nun zerrissen ist, bereitete den Handelspolitikern hüben und drüben die gleichen Verlegenheiten und führte zu den gleichen zolltechnischen Um- und Auswegen. Aber gerade in dieser letzten Generation wurde Frankreich, welches seine Weltstellung als Kolonialmacht durch den Pariser Frieden 1763 an England verloren hatte, wieder die zweitstärkste Kolonialmacht der Erde. Seine wertvollsten Erwerbungen, Indo-China mit 17 Millionen, Französisch-Kongo und Madagaskar mit zusammen 12 Millionen, Tunis mit 2 Millionen, Marokko mit 7 Millionen Einwohnern fallen in diese Zeit. Im Jahre 1911 — nach dem Marokko-Abkommen — machte sein Kolonialbesitz [1]) 8·15 Millionen km² mit 55 Millionen Einwohnern aus, gegen 2·9 Millionen km² deutschen Kolonialbesitzes mit 11·7 Millionen Einwohnern. Der französische Kolonialhandel betrug 1911 in Ein- und Ausfuhr rund 1538 Millionen Kronen gegen 282 Millionen Kronen des deutschen Kolonialhandels. Und dieser ungeheure Besitz wurde

[1]) Marokko als Kolonie betrachtet.

unter wohlwollender Neutralität Deutschlands erworben — bis auf Marokko. In Marokko aber hatten die Deutschen ältere und sehr begründete wirtschaftliche Interessen. Deutschlands hochentwickelte Hüttenindustrie ist in steigendem Maße auf die Einfuhr von Eisenerzen angewiesen. Im Jahre 1913 betrug diese Einfuhr nicht weniger als 14 Millionen Tonnen. Davon entfallen auf Frankreich selbst nicht ganz 4 Millionen Tonnen; denn Deutschlands Kapital und Erwerbssinn hat auch auf urfranzösischem Boden im letzten Jahrzehnte unbenützte Erzvorkommen im Großen erschlossen und der Verarbeitung zugeführt, eine Tatsache, die zwar von der nationalen Agitation in gehässiger Weise ausgebeutet, aber von den führenden Wirtschaftskreisen Frankreichs als Bereicherung des Landes empfunden wurde. Wenn also Deutschland seine Erzkonzessionen in Marokko in Schutz nahm, so handelte es in Wahrung berechtigter und Frankreich wohlbekannter Interessen. Die Geste von Agadir schuf denn auch keinen dauernden wirtschaftlichen Konflikt. Sie verstärkte nur in Frankreich ein Gefühl politischer und militärischer Unsicherheit und trieb das Land enger in die Bande der russisch-englischen Entente, umsomehr, da Großbritannien nach Agadir sich geradezu als Schutzmacht Frankreichs gerierte.

Daß Frankreich und uns kein Interessengegensatz trennte und trennt, ist wohl überflüssig hervorzuheben. Die alten Traditionen des Zusammenwirkens mit der Monarchie auf finanziellem Gebiete bestanden trotz der Revancheidee noch Dezennien nach Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses fort. Erst im letzten Jahrzehnt begann man sich in Frankreich für die so fernabliegende südslawische Frage zu interessieren und alte finanzielle Beziehungen litten unter politischen Direktiven, die auf eine finanzielle Abhängigkeit von Rußland hinwiesen. Der Revanchegedanke be-

kam hiedurch eine ökonomische Nuance. Ich sage mit vollem Bewußtsein „finanzielle Abhängigkeit“. Es gibt keine stärkere Abhängigkeit, kein schwerer abzuschüttelndes wirtschaftliches Helotentum, als das des Gläubigers von seinem übergroßen Schuldner. Seit Frankreich Rußland mit nahezu 20 Milliarden Francs, mit 12 Milliarden den Staat und 8 die Industrie finanzierte, hat es sein politisches Selbstbestimmungsrecht aufgegeben. Rußland verstand dieses Verhältnis prächtig auszunützen. Es wußte in den französischen offiziellen Kreisen die Meinung zu begründen und zu nähren, daß die Finanzpolitik eine Dienerin der auswärtigen Politik sein müsse, es wußte dadurch den französischen Geldmarkt zu monopolisieren, alte wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu unterbinden und die von der Finanz abhängige französische Presse immer stärker in den Dienst auch seiner politischen Interessen zu verpflichten. Frankreich hat im letzten Jahrzehnt auch die russische Industrie, die einen sehr erheblichen Aufschwung nahm, finanziert, während es die Industrialisierung des eigenen Landes vernachlässigte. Den Höhepunkt erreichte diese Politik, als Frankreich Rußland im vorigen Jahre, noch bevor es für seine eigenen Bedürfnisse finanziell vorgesorgt hatte, die ungeheure strategische Eisenbahnanleihe von 2½ Milliarden für 5 Jahre bewilligte. Außerdem erlaubte Rußland Frankreich auch jene Balkanstaaten zu finanzieren, die im politischen Dienst der Entente standen. So verlor Frankreich allmählich den Kontakt mit den soliden finanziellen Bedürfnissen Mitteleuropas — ich darf aus persönlicher Erfahrung sagen, zum Bedauern seiner einsichtigen Finanzkreise. Denn in diesem politischen Blendlichte gediehen außerdem wohl noch zweifelhafte Geschäfte mit politisch indifferenten, aber wirtschaftlich schwächeren exotischen Ländern, in denen Frankreich Milliarden-Engagements

einging, die teilweise heute schon brüchig werden. Mit diesen verglichen, sind die russischen Anlagen des französischen Rentiers noch immer solider — natürlich vorausgesetzt, daß Rußland in diesem Kriege finanziell nicht vollkommen zusammenbricht. Man würde daher den Weltkrieg nicht verstehen, wenn man nicht bedächte, daß Frankreich nicht bloß für die Revanche kämpft, sondern sozusagen auch für die bessere Hälfte seiner im Auslande angelegten Ersparnisse.

Rußland hingegen verfolgt in diesem Kriege sehr bewußt nebst den politischen eigene wirtschaftliche Ziele von der allergrößten Tragweite. Die Revancheidee hat es für die letzteren sehr geschickt ausgebeutet und es besteht mancher Grund, anzunehmen, daß ihm auch die südslawische Idee Mittel zum Zwecke ist.

Denn die südslawische Idee hat Rußland nicht gehindert, sich mit uns in Mürzsteg zu verständigen, als es noch seine Wegfreiheit im pazifischen Ozean besaß. Ich sage ja wohl nichts Neues, wenn ich auf den ungeheuren und nie erlahmenden Drang Rußlands nach dem offenen Meere hinweise. Rußland ist, um seine Zahlungsbilanz auszugleichen, auf den Export von Rohstoffen, insbesondere von Cerealien, angewiesen. Seine Ausfuhr in Industrieprodukten ist derzeit relativ sehr gering, so daß es auch auf dem Balkan für uns nicht als ernstlicher Konkurrent in Betracht kommt, gewiß nicht so sehr wie Deutschland. Aber wie jedes Land, das Massenartikel exportiert, drängt Rußland nach dem freien Meere. Daher die große historische Bedeutung der Dardanellenfrage. Der Auslandsverkehr der wichtigsten Schwarzenmeer-Häfen Rußlands, Odessa, Nikolajew und Taganrog, machte 1912 in beiden Richtungen 5·18 Millionen Registertonnen aus gegen 4·6 Millionen Tonnen in Kronstadt und 3·2 Millionen Tonnen in Riga. Nun hat Rußland in den letzten Jahren eine

großzügige Agrarreform eingeleitet und innere Siedlungen in ungeheurem Maßstabe begonnen, teilweise auch schon durchgeführt. Das erhöht sein Exportvermögen und daher seinen Drang nach dem Meere. Auch die Industrie Rußlands ist erheblich gewachsen. Gerade England hat aber Rußland bisher von den Meeren abgedrängt. Es hat unter wohlwollender Neutralität für Japan Rußland vom pazifischen Ozean verdrängen lassen, es hat das Heranrücken Rußlands auch an den persischen Meerbusen verhindert. Schatt-el Arab, wo sich heute die Kämpfe abspielen, ist durch das russisch-englische Abkommen der englischen Einflußsphäre gesichert worden. Das kleine Sultanat El Koweit — der beste Hafen am persischen Meerbusen — auf das die Briten ihre Hand gelegt haben, ist zwar nominell ein Brückenkopf gegen die Bagdadbahn, aber in Wirklichkeit auch einer gegen Rußland. Der Drang Rußlands nach dem Mittelmeere wurde dadurch stärker angefacht und seither sind bezeichnender Weise auch die südslawische Idee und die Balkanfragen immer akuter geworden. Die Eröffnung der Dardanellen ist nun keine Frage, in der gerade unsere Monarchie, unter gewissen Voraussetzungen und Kautelen für die Türkei den Protagonisten spielen müßte. Vor einigen Jahren hätte England vielleicht durch seine Zustimmung zur Eröffnung der Meerengen den Frieden im Osten Europas auf längere Zeit sichern können. Aber es scheint fast, daß England diese seine Zustimmung erst an die Bedingung der Niederringung Deutschlands knüpfte. Und es ist das Paradoxe dieses Weltkriegs: daß wir gegen Rußland und England in einem ungeheuren Kriege kämpfen, wo in einer der wichtigsten Fragen, die am Ende dieses Ringens stehen, die Interessen Englands viel stärker engagiert sind als die unseren. Ja durch das Eingreifen der Türkei in den Krieg ist dieses Paradoxon noch stärker akzentuiert worden, so stark, daß das Eingreifen

der Türkei nicht bloß eine wertvolle militärische Hülfe bedeutet, sondern auch große politische Bedeutung besitzt. Denn die Rechnung, die England bei der Vorbereitung dieses Krieges angestellt haben mag, ist durch das Eingreifen der Türkei auf den Kopf gestellt worden. — Die Selbstbesinnung Englands in dieser Richtung würde vielleicht den Krieg abkürzen. — Wohl aber erweist sich auch hier die alte Wahrheit, daß, wie vielfach im praktischen Leben, das Gefühl ein besserer Wegweiser gewesen wäre, als die kluge Berechnung, die in dieser weltbestimmenden Epoche Großbritannien allein anzustellen sich für berechtigt hielt.

Denn in den kurzen Tagen voll erschütternder dramatischer Spannung, die dem Weltkriege vorausgingen, hat Großbritannien allein die Wahl gehabt, welche Karte es ausspielen wollte. Deutschland und Österreich, Frankreich und Rußland hatten Stellungen inne, die durch Interessengemeinschaft sowohl wie durch die geschichtliche Entwicklung festgelegt waren. England besaß noch die Freiheit seines Entschlusses. Wir wissen heute, welche eher diplomatische Funktion bei dem Eintreten Großbritanniens der verletzten belgischen Neutralität zukam. Eine andere im Auslande verbreitete Version, daß England in den Krieg eingegriffen habe, weil Deutschland als das Ziel seines Krieges mit Frankreich die Erwerbung des französischen Kolonialbesitzes bezeichnet hätte, der vielfach an den englischen grenzt, erscheint nicht stichhältiger, weil England ja an den Verzicht auf dieses angebliche Ziel seine Neutralität hätte knüpfen können. So bleiben denn nur die wirtschaftlichen Phänomene übrig, welche den Gegensatz zwischen Großbritannien und Deutschland und damit diesen Weltkrieg erklären, umsomehr, als die Einkreisungspolitik Großbritanniens gegen Deutschland auf einen zeitlich tiefer zurückreichenden Gegensatz schließen läßt.

Hat Deutschland sich der britischen Kolonialpolitik agressiv in den Weg gestellt? Ich wüßte keine historische Tatsache, die dafür aufzubringen wäre. Englands Kolonialgebiet hat in der letzten Generation eine ungeheure Erweiterung erfahren, insbesondere in Afrika. In Ägypten hat England seine Macht ungehindert entfalten können. Eine der ersten Regierungshandlungen Kaiser Wilhelms war der Austausch von Sansibar, das für den indischen Ozean bedrohlich hätte in Betracht kommen können, gegen die reine, aber so unendlich wichtige Defensivstellung Helgoland. Im Burenkriege hat bekanntlich Frankreichs Volk sich nicht minder lebhaft als Deutschland für die Freiheit des weißen Stammes eingesetzt, — die französische Regierung hat dann allerdings abgewinkt — aber auch Deutschland hat sich damit abgefunden und seine wirtschaftlichen Interessen in Transvaal waren damals und blieben auch seither in englischen Minengesellschaften verkörpert. Auch die Bagdadbahn hat keinen wirtschaftlich aggressiven Charakter speziell gegen Indien. Denn ihre Bedeutung für die Erschließung der agrarischen und Erz-Reichtümer Kleinasiens verweist sie naturgemäß auf die Entwicklung des Verkehres in der Richtung nach Europa, nicht gegen Indien. Sogar den Versuchen mächtiger Parteien Englands den britischen Imperialismus zollpolitisch auszubilden ist nicht Deutschland, sondern die Tradition des englischen Liberalismus siegreich entgegengetreten. Dabei hat, wie wir alle wissen, der britische Welthandel in den letzten Jahren trotz des Ausbaues der deutschen Handelsmarine Rekordziffern aufzuweisen gehabt, denen Deutschland nur nahe kam. Woher dann der in den herrschenden Klassen Großbritanniens empfundene Haß, der in der Schicksalsstunde Europas selbst das Bewußtsein der Stammesverwandtschaft zu verdunkeln und zurückzudrängen vermochte?

Nicht auf dem Gebiete des Handels, wohl aber auf jenem der Industrie müssen wir zunächst die bestimmenden Elemente dieses Gefühlsprozesses suchen, der England die Konkurrenz Deutschlands so unerträglich, in vielen Positionen gefährdend erscheinen ließ. Die Briten fühlen sich als Herren der Welt, auch in dem Sinne, daß sie zwar gute Ware liefern, aber Ware nach britischem Geschmacke. Sie drängen ihren Abnehmern britische Ware auf, nicht solche, die den Wünschen oder dem Geschmacke der letzteren, die auch Nichtbriten sind, entspräche. Deutschland hat England an vielen Stellen dadurch besiegt, daß es in erhöhter Anpassungsfähigkeit dem Geschmacke der Kunden und deren Wünschen besser entsprach. Auch die Methoden seines Absatzes waren denen Englands überlegen. Diese Anpassungsfähigkeit ging so weit, daß die Produkte Deutschlands in einem gewissen Sinne selbst den Bedürfnissen der englischen Mittelklasse besser entgegenkamen als die englischen. Daher führte England das bekannte Gesetz ein, welches vorschrieb, daß jede Ware unentfernbar den Stempel ihres Ursprungsortes tragen muß; jenes Gesetz, welches die bekannte Ursprungsmarke „made in Germany“ vorschrieb. Die Wirkung war allerdings eine gegenteilige. Die Wirkung war, wie es sich zur Überraschung der Engländer herausstellte, eine Reklame für deutsche Produkte, die früher unter englischer Marke von England in die Welt versendet worden waren.

Dazu kam die besondere banktechnische Entwicklung des britischen Reiches. Großbritannien ist ein Land historischen Reichtums, der durch Kolonien regelmäßig gespeist und erhalten wurde. Großbritannien vermochte es dadurch, sich zuerst von allen Ländern kapitalistisch und industriell zu organisieren. Aber sein Reichtum schien ihm die Notwendigkeit zu ersparen, sich den banktechnischen Formen und Fort-

schritten anderer Länder, insbesondere Deutschlands, anzupassen. Das Bankwesen ist in England primitiver organisiert als in Deutschland. Die ungeheuren Mengen von flüssigem Kapital, die den englischen Banken durch die Depositen ihrer Kunden zu niedrigem Zinssatze zuströmen, werden wohl dazu verwendet, um den Austausch der Güter zu finanzieren, nicht aber um die industrielle Produktionsfähigkeit des Landes zu steigern. In England ist die Institution des dauernden Bankkredites an die Industrie, wodurch die letztere in den Stand gesetzt wird, sich die technischen Fortschritte nutzbar zu machen, ihre Anlagen bei steigender Konjunktur zu erweitern und schwierige Perioden durchzuhalten, unbeliebt.

Der englische Bankdirektor, dem vielfach an Depositen ein 20 bis 30 fach das Aktienkapital überschreitendes Einlagekapital zu niedrigstem Zinsfuße zur Verfügung steht, beschränkt sich darauf, seine Kommerzwechsel zu diskontieren.

Die enge Verbindung zwischen Banken und Industrie, die stete Fühlung mit den Bedürfnissen der letzteren, welche es Deutschland ermöglicht hat, mit verhältnismäßig bescheidenerem Kapitalsvermögen seine ungeheure industrielle Entwicklung zu finanzieren, ist in England noch unentwickelt. Die Umwandlung von großen Industrien in Aktiengesellschaften findet in England zumeist ohne direkte Beteiligung oder Verantwortung der Banken statt, die hiebei nur die Funktion des Kassiers übernehmen. Die englischen Banken sind daher auch nicht moralisch verantwortlich für die Entwicklung der industriellen Aktiengesellschaften, als deren Kassastelle sie auf dem Gründungsprospekt figurieren.

Es ist wahr, daß infolgedessen die Mobilität der englischen Banken eine größere ist und daß die deutschen Banken schwere Perioden durchzustehen hatten. Wir, die wir

uns in Österreich an das deutsche Bankwesen angeschlossen haben, wissen am besten, welch' schwere Probleme unsere Bankpolitik mitunter stellt, aber auch welch' reiche Früchte sie für die Volkswirtschaft trägt. Die unaufhörliche Indienststellung der Fortschritte der Technik für die Industrie bedeutet finanziell nichts anderes als die stets erneuerte Notwendigkeit von Kapitalsinvestitionen. Der englische Industrielle ist hiefür auf sein eigenes Vermögen oder auf das seiner nächsten Freunde angewiesen; er findet hiefür keine Unterstützung bei seiner Bank. Der deutsche Industrielle ebenso wie der österreichische bleibt in diesem Belange in untrennbarem Zusammenhange mit seinem Bankinstitute.

Ein drittes Moment, welches die industrielle Superiorität Deutschlands über England begründete, ist die enge Verbindung der Wissenschaft mit der Technik. Die deutsche Hochschule ist einer der belebendsten Faktoren der industriellen Entwicklung geworden. Was in Deutschland auf diesem Gebiete erreicht worden ist, erweist sich am stärksten dadurch, daß Großbritannien, da es durch den Krieg die deutschen Zufuhrquellen abschnitt, in den wichtigsten Industrien, so z. B. in der Minenindustrie durch den Mangel an Cyanid, in der Textilindustrie durch den Mangel an Farbstoffen schwere wirtschaftliche Störungen erleidet. Auch in der Waffen- und Munitionstechnik, den Werkzeugmaschinen für Waffen, in der Technik der Sprengstoffe und in den Halbfabrikaten der letzteren hat Deutschland so sehr die führende Stellung inne, daß es im Kriege zu einer schweren Verlegenheit für den Feind geworden ist, auf deutsche Werkzeugmaschinen und auf deutsche chemische Halbfabrikate, auch Arzneimittel, verzichten zu müssen.

Einen wichtigen Faktor im industriellen Wettkampfe zwischen England und Deutschland bildet endlich die Haltung der englischen und der deutschen Arbeiter. Die deutsche Arbeiter-

schaft, politisch weit vorgeschrittener als die englische, kam frühzeitig zur Erkenntnis, daß die traditionelle Feindschaft zwischen Arbeiter und Maschine ein überwundener Standpunkt sei, den im Interesse der Lohnarbeiter selbst aufzugeben ein Gebot der Selbsterhaltung für die Arbeiterschaft bilden müsse. Anders ein großer Teil der englischen Arbeiter. Diejenigen englischen Arbeiter, welche noch in den mächtigen alten unpolitischen Gewerkschaften organisiert sind, wehren sich noch heute vielfach gegen jeden technischen Fortschritt, durch den Maschinenarbeit an die Stelle menschlicher Arbeit gesetzt wird und sind in England infolge des Reichtums dieser Gewerkschaften imstande, ihre Haltung erfolgreich zu behaupten. Es ist mir persönlich von Seite englischer Industrieller darüber geklagt worden, daß sie nicht in der Lage seien, arbeitersparende Maschinen einzuführen, weil sie dem Widerstande ihrer Arbeiter begegneten. Alle diese Momente, die minder rationelle Organisation des Kapitaleinschusses in die Industrie, die Haltung der Arbeiterschaft, die schwächere Verbindung zwischen Industrie und Wissenschaft können durch einen Krieg selbstverständlich nicht beseitigt werden. Der wichtigste Schade, der der deutschen Wirtschaft durch England zugefügt werden kann, ist die Vernichtung von Intelligenzen, die im Kriege zugrunde gehen. Dieser Verlust, auch nicht sofort ersetzlich, ist aber der einzige und als Element kühler Berechnung der Menschlichkeit widerstreitende Erfolg, den England davontragen kann. Aber das englische Volk, welches fremde Verhältnisse nicht genügend kennt, gab sich in seiner steigenden, künstlich genährten Besorgnis offenbar keine Rechenschaft, daß es Grundlagen einer legitimen Konkurrenz waren, die seinen Absatz schädigten und ich kenne kein treffenderes Wort, das über diesen Krieg gesagt worden ist, als den in ein unübersetzbares englisches Wortspiel gekleideten Satz: „The war was

not made in Germany, but „made in Germany" has made the war".

Nun aber die Flotte! Alle Welt weiß ja, wie eifersüchtig England die Entwicklung der deutschen Kriegsmarine verfolgte. Liegt hier nicht die Wurzel des tiefen Hasses, der England auf die Bahn des Krieges führte? England hat übrigens selbst die Flottenfrage akut gemacht. Durch den Übergang zum Dreadnoughttypus hat es seine älteren Linienschiffe, in denen es die ungeheure Übermacht besaß, so deklassiert, daß es sich erst wieder eine Übermacht verschaffen mußte. In der Flottenfrage muß man versuchen, der englischen Besorgnis auf den Grund zu gehen. Selbst die Engländer haben nicht geglaubt, daß die britische Kolonialherrschaft durch Deutschlands Flotte bedroht wäre. Die größten britischen Kolonien sind von einer fremden Macht überhaupt nicht zu erobern, so z. B. Australien, Neuseeland und Kanada. Indien läßt sich wohl in Aufruhr bringen, doch kann meines Erachtens keine Macht die Verwaltung Indiens an Stelle der englischen mit Erfolg übernehmen. Hat übrigens Deutschland je den Versuch gemacht, aggressive Kohlenstationen anzulegen, sich der Meerengen zu bemächtigen? Gewiß nicht! Allein das britische Weltreich ist an einem anderen Punkte verwundbar. Zum Unterschied von allen anderen Weltreichen, die wir in der Geschichte kennen, ist seine Macht an der Peripherie stark, im Zentrum leichter, ja tödlich zu treffen. Nicht etwa, daß Deutschland je daran gedacht hätte, eine Invasion in England zu machen. Daran hat kein ernster Politiker in England geglaubt. Aber Großbritannien hat seine industrielle und kommerzielle Weltstellung auf Kosten seiner Landwirtschaft begründet. Die vom Meer umgebenen, unangreifbaren Inseln sind eine Festung, die in 3—4 Monaten zur Kapitulation gezwungen werden kann, wenn ihr die Nahrungszufuhr abgeschnitten wird. D a r u m

und wesentlich darum muß Großbritannien den Zweimächte-Standard seiner Flotte aufrecht erhalten, darum fürchtet es Deutschland und seine Flotte. Denn der deutsche Wirtschaftsgeist hat auch in der Richtung den Sieg über den englischen davongetragen: daß Deutschland in der Zeit einer Generation seine ungeheure industrielle Entwicklung durchgeführt hat, ohne seine wirtschaftliche Autarkie in bezug auf die Nährstofferzeugung preiszugeben. Seine Bevölkerung ist auf 66 Millionen Einwohner gestiegen. Seine Produktion an Kohle ist von 1886 bis 1911 um 218% gegen 72·6% in Großbritannien, seine Roheisenerzeugung um 300% gestiegen. Deutschlands Roheisenproduktion betrug 1887 bloß 52%, dagegen 1911 155% der großbritannischen. Deutschlands Stahl-(Flußeisen-) Produktion machte 1886 nicht erheblich mehr als ein Drittel, 1910 mehr als das Doppelte der britischen aus. Allein zugleich hob sich in Deutschland der durchschnittliche Ertrag pro Hektar beim Roggen von 10 auf 17·8 q, beim Weizen von 13·4 auf 20·7 q, in den Kartoffeln von 87·4 auf 133·4 q. Es schlägt heute mit seinem durchschnittlichen Ertrag an Brotfrüchten alle anderen Agrikulturländer und hat seine Produktion an Nährfrüchten noch stärker gesteigert, als seine Bevölkerung gewachsen ist. Darum durfte England sich sagen, daß Deutschland mit jedem Jahrzehnt unüberwindlicher werden müsse und daß Großbritanniens stärkstes Machtmittel, die Absperrung des Weltmeeres, jedes Jahrzehnt weniger ins Gewicht fallen würde.

Kann nun aber der Weltkrieg diese Differenzierung, die Englands und Deutschlands Wirtschaftsentwicklung so sehr zugunsten der letzteren beeinflußt, aufheben oder beseitigen? Nein, denn sie beruht im letzten Grunde auf einer gegensätzlichen Richtung, die britischer und deutscher Geist an-

genommen haben. Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich, weil wir mit Großbritannien im Kriege stehen, an diesem, ernster Forschung gewidmeten Orte, Großbritannien herabsetze. Die wirtschaftlichen Institutionen Englands — das muß man vielmehr anerkennen — sind groß, sinnreich und achtunggebietend; aber sie sind durchtränkt vom Geiste der Routine, einer abgeklärten, klugen und veredelten Routine, aber doch einer Routine, der die verjüngende Kraft fehlt. Dem deutschen Geiste, der der Routine abhold ist, der auch in das praktische Leben und Handeln die Grundsätze wissenschaftlichen Denkens hineinzutragen gewußt hat — Wissenschaft hier nicht verstanden als Theorie, sondern als voraussetzungslose Prüfung jedes Tatbestandes auf seine Daseinsberechtigung und Verwertbarkeit für das höhere Gesamtproblem — diesem deutschen Geiste ist der englische der abgeklärten Routine nicht gewachsen. Dieser deutsche Geist hat die Technik des Bankwesens auf neue Grundlagen gestellt, er führt der Industrie die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung zu, er eilt dem deutschen Handel auf seinen Absatzwegen voraus und bestimmt seine Methoden, er beseelt die deutsche Arbeiterschaft, daß sie ihr sozialpolitisches Heil nicht in der Erstickung technischen Fortschrittes erblicke, er hat die Agrikulturchemie geschaffen und in harten Kämpfen in der deutschen Volkswirtschaftstheorie und -Politik die Erkenntnis heranreifen lassen, daß die Industrialisierung eines Landes nicht notwendigerweise auf Kosten seiner autochthonen Nahrungsmittelproduktion erfolgen müsse. Diesen Geist wird die englische Routine nie besiegen; bestenfalls wird sie vielleicht durch diesen Krieg lernen, daß sie deutsche Methoden annehmen müsse. Vorauseilend sei es mir gestattet zu bemerken, daß sich dies schon jetzt geltend macht, indem beispielsweise England seine große Kriegsanleihe von 350 Millionen

Pfund nach der von Deutschland vorbildlich eingeführten Methode durch die Bank von England belehnen läßt, allerdings in wesentlich vergröberter Weise als wir oder Deutschland.

Denn der Weltkrieg, der die Wirtschaft aller Länder vor neue Probleme stellt, hat aller und jeder Routine ein rasches und klägliches Ende bereitet. Dies hat sich denn — und nun gelange ich zu den wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges — gleich beim Ausbruche desselben herausgestellt und gleich in erster Linie für Großbritannien. Die erste Hauptwirkung des Krieges war das plötzliche, einer akuten Lähmung gleichende Aufhören aller jener internationalen Kreditbeziehungen zwischen den kämpfenden Staatsgruppen, die sonst in tausendfältiger Verästelung dem Zahlungsverkehr und Kapitalsausgleiche zwischen den einzelnen Wirtschaftskörpern dienen. Wie anders der Abbruch dieser Beziehungen auf die Weltwirtschaft jetzt wirken mußte, als noch zur Zeit des deutsch-französischen Krieges, möchte ich damit illustrieren, daß von den beiden heute weltbeherrschenden Bankinstituten des Kontinents im Jahre 1870 das eine, die Deutsche Bank, noch gar nicht existierte, das andere, der Crédit Lyonnais, eine unbedeutende Provinzbank war. Aber in einer Richtung hatte sich in der letzten Generation kaum etwas geändert: London war damals schon und ist bis zum Ausbruche dieses Krieges der Platz geblieben, auf welchem die Zahlungen und Zahlungsausgleichungen des Welthandels sich konzentrieren. Kein anderes Land hat England bis jetzt in irgendwie erheblichem Maße diese Funktion des Weltclearinghauses streitig machen können, nebenbei gesagt, eine recht einträgliche Funktion. Denn im Austausch der subtropischen und tropischen Produkte gegen die Produkte der gemäßigten Zone, auf welchem Austausche ja eigentlich der Welthandel beruht, wird von allen Ländern in London und

durch London Zahlung in der Weise geleistet, daß der englische Bankier zu Lasten des Käufers einen Wechsel akzeptiert, den der Verkäufer (über Aufforderung des Käufers) auf den englischen Bankier zieht. England wird daher für solche Warenbezüge einerseits Wechselschuldner der überseeischen Lieferanten und andererseits Gläubiger des kontinentalen Abnehmers. Diese lukrative Doppelfunktion hat ihm bisher kein Land zu entreißen vermocht. Diese Doppelstellung aber brachte es mit sich, daß Großbritannien am Tage nach dem Ausbruche des Weltkrieges entdecken mußte, daß seine Banken in Gefahr seien, insolvent zu werden.

Denn seine Schuldner aus diesem Milliardenverkehre saßen großenteils auf dem Kontinent, durch den Abbruch der Kreditbeziehungen verhindert, zu zahlen, auch wenn sie nicht gerade feindlichen Staaten angehörten. Die Gläubiger aber seiner Bankiers waren teils im Inlande, teils im neutralen Übersee wohnhaft. Sechs sogenannte Bankfeiertage brauchte London, um angesichts dieser überraschenden Situation zur Selbstbesinnung zu gelangen und jene Maßregeln zu treffen, die den Zusammenbruch der englischen Bankiers verhüten konnten: nämlich ein Wechselmoratorium, das erst dann abgebaut werden konnte, als die Bank von England sich bereit fand, unter Garantie des Staates provisorisch für die kontinentalen Schuldner der englischen Bankiers einzutreten. Dadurch ist England — sehr gegen seinen Willen — der Zahlungsbürge für Kaufleute solcher Länder geworden, die es auf dem Schlachtfelde bekämpft. Was das ökonomisch bedeutet, geht daraus hervor, daß der englische Finanzminister jüngst erklärte, die Bank von England hätte Ende November 120 Millionen Pfund = 2880 Millionen Kronen sogenannte Prämoratoriumswechsel diskontiert, welche gegen deutsche und österreichische Warenschulden in Zahlung gegeben waren.

Trotz dieser Leistung hat England dennoch durch seinen Eingriff in Privatrechte die monopolistische Bankierstellung aufs Spiel gesetzt, welche es dem Vertrauen der ganzen Welt in die Wertbeständigkeit seiner Valuta und in seine absolute Achtung vor Privatrechten verdankte.

Der Abbruch der internationalen Kreditbeziehungen brachte aber auch auf dem Kontinente, speziell in Deutschland und der Monarchie tiefgehende Wirkungen hervor. Jedes dieser beiden Wirtschaftsgebiete blieb zwar mit dem anderen zunächst in Beziehungen, allein im wesentlichen doch für die Beschaffung von Zahlungsmitteln und für den Ausgleich der im Betriebskapitale der großen Wirtschaftskörper notwendigerweise eintretenden Schwankungen auf sich selbst angewiesen.

Der Ausbruch eines Krieges beraubt zunächst jede Volkswirtschaft der Verfügung über die flüssigen Barreserven, die ihr in Friedenszeiten der große Staatshaushalt regelmäßig zur Verfügung stellen kann. Er bewirkt außerdem ein gesteigertes Bedürfnis nach Bargeld, zunächst auf Seite des Staates zum Zwecke der ersten Kriegsanschaffungen. In Deutschland ist dieser Bedarf in der Kriegsdenkschrift bekanntgegeben worden: er betrug für die ersten sechs Mobilmachungstage dreiviertel Milliarden Mark. Bargeldbedarf tritt ferner auf Seite des Publikums ein, welches entweder direkt Bargeld thesauriert, oder aber auch über Bargeld verfügen will, um Konsummaterialien aufzuspeichern. Auch im Verkehre der Produzenten untereinander und im eigentlichen Warenhandel bringt der Krieg sofort viele auf Kredit begründete Beziehungen zum Stillstand und ersetzt sie durch Barverkehr. Es verringert sich also gleichzeitig die Umlaufsgeschwindigkeit der Zirkulationsmittel, die bekanntlich gelderſparend wirkt, während der Bargeldbedarf sich steigert. Die Kerze wird von zwei Seiten angezündet. In der modernen Volkswirtschaft

muß sich die Spitze dieses Prozesses zunächst gegen die Banken als Verwalter und Verwahrer des flüssigen und jederzeit verfügbaren Geldkapitales der Volkswirtschaft und in weiterer Linie gegen die Zentral- oder Notenbank richten. Dieser Prozeß kann natürlich nicht zum Stillstande gebracht, er kann nur eingedämmt, in seinen drohenden Wirkungen abgeschwächt werden. Dazu dienen verschiedene Methoden. Die erste besteht in der Vermehrung der fiduciären, auf dem öffentlichen Kredit beruhenden Zahlungsmittel, in der Schaffung neuer Zahlungsmittel dieser Art und in der Auffüllung des Verkehres mit denselben. Der Zahlungsverkehr wird übersättigt, die ängstliche Nachfrage nach Bargeld hört auf, weil sie reichlich befriedigt wird. Diese Methode *muß* überall angewendet werden: sie genügt mitunter, wenn sie *ausreichend* angewendet wird; eventuell muß sie durch die Anwendung der anderen Methode ergänzt werden, die im wesentlichen darin besteht, daß das Bedürfnis nach Zahlungsmitteln zeitweilig verringert wird, durch gesetzliche Ausschaltung eines Teiles des normalen Zahlungsverkehres und gesetzliche Abwehr überstürzten Thesaurierungsbedarfes; zu diesen Maßregeln gehört die Erlassung eines Moratoriums.

Den ersten Weg ist in durchgreifender Weise Deutschland gegangen. Es rief sofort die Darlehenskassen — die schon seit 1911 vorbereitet waren — ins Leben mit einer Emissionsgrenze von zunächst 1500, später 3000 Millionen Mark. Es stattete die Darlehenskassenscheine mit Zahlkraft bei den öffentlichen Kassen aus, wodurch sie dann auch im Privatverkehre freiwillig angenommen wurden. Es erlaubte der Reichsbank ihren Besitz an Darlehenskassenscheinen als Deckung für den dreifachen Betrag neu auszugebender Banknoten zu behandeln. Die Reichsbank selbst steigerte ihren Banknotenumlauf ganz außerordentlich.

Der letztere betrug am 23. Juli dieses Jahres 1890 Millionen, der Betrag der Giroguthaben, die in Deutschland auch zur Zahlungsausgleichung unter den Banken und großen Firmen verwendet werden, 943 Millionen. Am 31. Juli betrug der Notenumlauf 2909, mithin um eine Milliarde mehr, am 7. August 3897 Millionen, also um zwei Milliarden mehr, der Betrag der Giroguthaben 1897 Millionen, also um 900 Millionen mehr. Ihren Höhepunkt erreichten der Notenumlauf am 30. September mit 4490 Millionen, die Giroguthaben mit rund 2500 Millionen; zusammen am 30. September rund 7 Milliarden gegen 2833 Millionen am 23. Juli. Das ist eine Differenz von rund 4200 Millionen in acht Wochen. Wieviel bekam davon der Staat? Das ist gegenwärtig bekannt. Bis Ende September inanzierte die Reichsbank Reichsschatzanweisungen für 2·3 Milliarden und Zollwechsel für 312 Millionen, zusammen 2612 Millionen Mark. Von diesem Betrage ist natürlich durch Anschaffungen des Staates ein Teil dem Publikum zugeflossen. Dieses letztere Moment garnicht in Betracht gezogen, belief sich der dem Privatverkehre neu seit Kriegsausbruch zugeflossene Betrag auf rund 1600 Millionen Mark. In der ersten Woche nach Kriegsausbruch brauchte der Staat zirka dreiviertel Milliarden, während die Vermehrung der Kreditzahlungsmittel sich auf 2900 Millionen belief. Der Verkehr wurde also reichlich mit Zahlungsmitteln gesättigt. Kleingeld fehlte dennoch gleich im Anfange und es wurden infolgedessen an 111 Stellen zusammen für 6·29 Millionen Mark Notgeld ausgegeben. Dieses letztere wurde erst eingezogen, als die kleinen Darlehenskassenscheine zu 1 und 2 Mark in den Verkehr gelangten. Allein das war nur eine vorübergehende Störung und alles in allem erlaubte Deutschland diese Politik, von einem allgemeinen Zahlungsmoratorium abzusehen.

Gleichwohl hat Deutschland nicht ganz auf Moratoriums-maßregeln verzichtet. Zahlungsvereinbarungen auf Gold wurden für unverbindlich erklärt. Für das Inland wurden frühzeitig Verordnungen über richterliche Stundung und Geschäftsaufsicht erlassen. Die Pflicht zur Konkursanmeldung bei Zahlungseinstellung wurde für Gesellschaften aufgehoben. Die Ansprüche aus Wechseln, die im Auslande ausgestellt, aber in Deutschland zahlbar waren, sowie die vermögens-rechtlichen Ansprüche aller im Auslande wohnhaften Personen gegen Deutsche wurden zunächst bis zum 31. Oktober, dann. bis zum 31. Jänner gestundet. Die Protestfristen bei Wechseln und Schecks wurden allgemein um 30 Tage verlängert. Dazu gesellten sich noch Moratorien für die vom Kriege unmittelbar betroffenen Gegenden.

In Österreich-Ungarn sowie in vielen anderen Staaten wurden beide Wege betreten, das heißt, es wurden einer-seits durch bankpolitische Maßregeln, wie Suspension der Bankakte, Erleichterungen in der Diskontierung von Wech-seln und in der Belehnung von Wertpapieren, Errichtung von Darlehenskassen dem Staat und dem Verkehre Zahlungs-mittel zur Verfügung gestellt, andererseits aber ein allgemeines Moratorium erlassen. Für Österreich-Ungarn analoge Ziffern anzuführen wie für Deutschland, bin ich außerstande, da die Publikation der Ausweise der Österreichisch-Ungarischen Bank eingestellt wurde. Aber auch von der letzteren sind dem Ver-kehre in anerkennenswertester Weise Zahlungsmittel nach Tun-lichkeit zugeführt worden. In dem kurzen Zeitraume der ersten Hälfte August haben nebst den kriegführenden Staaten England, Frankreich, Belgien, Rußland, Serbien und Monte-negro auch die neutralen, insbesondere Italien, Dänemark, Schweden und Norwegen, im ganzen 20 europäische und außereuropäische Staaten ein Moratorium verkündet. Im

allgemeinen sind die Bestimmungen dem österreichischen Moratorium analog. Die Schweiz führte kein eigentliches Moratorium ein, sondern neben einem Wechselmoratorium allgemeinen Rechtsstillstand, die Niederlande am 4. September richterliche Stundungsbefugnis, die meisten anderen Moratorien enthalten analoge Verfügungen: Aufschub der Zahlungsfrist für Wechsel, Beschränkung der Zahlungspflicht der Banken, Stundung von Forderungen, die nicht auf persönlichen Leistungen (Dienst- und Lohnverträgen) oder öffentlichen Rechtstiteln beruhen.

Es ist daher nicht richtig, das in Österreich erlassene Moratorium, wie das manchmal geschieht, als ein zugunsten der Banken wirkendes Privilegium zu bezeichnen. Ich möchte zu diesem delikaten Punkte nur folgendes bemerken: daß kraft des Moratoriums die Banken zwar nur in beschränktem Ausmaße verpflichtet waren, zu zahlen, dagegen aber von August bis Oktober **niemand** verpflichtet war, aus welchem Titel immer den Banken irgend eine Zahlung zu leisten. Sie glichen daher einem Wasserleitungsreservoir, dessen Ausflußhahn zwar gedrosselt, dessen Zufluß aber gänzlich abgesperrt war. Wenn dies ein Privilegium war, so war es demnach doch eines, das die Juristen ein Privilegium odiosum zu nennen pflegen.

Allerdings aber ist und bleibt ein Moratorium ein starker und empfindlicher Eingriff in die Rechtsordnung. Von juristisch hochstehender Seite wurde es mit einem zweischneidigen Schwerte verglichen, das einem Menschen durch den Leib gestoßen wird. Dieser Vergleich ist fein, aber mehr auf die juristische Empfindung berechnet. Volkswirtschaftlich wäre die Wirkung vielleicht anders zu charakterisieren. Die Kreditbeziehungen sind essentiell fließend, beweglich. Sie durchziehen das ganze Wirtschaftsleben und sind außerordentlich eng verschlungen.

Der Gläubiger ist in unserer Kreditwirtschaft meist zugleich Schuldner oder heute Gläubiger und morgen Schuldner oder umgekehrt. Diese unzähligen einzelnen Ströme, die von einer Wirtschaft zur anderen fließen, werden nun vom Moratorium plötzlich gleichsam zum Erstarren gebracht. Die augenblickliche Lage des Gläubiger- und Schuldnerverhältnisses wird für eine gewisse Zeit stabilisiert. Das Moratorium erfüllt wohl seinen Zweck, einerseits die Erdrückung der schwächeren Schuldner, andererseits die Thesaurierung von Bargeld hintanzuhalten; aber es hat auch seine großen Nachteile. Denn der Abbau des Moratoriums wird eben dadurch so schwer, weil er dann mechanisch erfolgen muß, während die freiwillig im Kreditverkehre gewährten und genommenen Zahlungstermine organisch dem individuellen Bedürfnis angepaßt sind. Die Kreditbeziehungen stellen sich infolgedessen schwer wieder her. Als Grundsatz muß beim Abbau des Moratoriums daher festgehalten werden, daß es dem Schuldner möglich sei, freiwillig mehr zu leisten, als er nach dem Abbaugesetze zu leisten verpflichtet wäre, um auf diese Weise den Kreditverkehr wieder zu beleben und in Fluß zu bringen. Ein weiterer wichtiger Grundsatz ist, daß auf das wechselseitige Ineinandergreifen von Gläubiger- und Schuldnerverhältnis so sehr Bedacht genommen wird, daß dem Schuldner seinerseits Zahlungsmittel zufließen, sobald seine Verpflichtungen beginnen, daß also die Zirkulation wieder hergestellt wird. Die Durchführung dieser Grundsätze setzt eine genaue Beobachtung der Wirtschaftsverhältnisse voraus. Erleichtert wird sie durch die Schaffung von Spezialbanken, welche, wie die Kriegskreditbanken, die in Deutschland und Österreich begründet wurden, teils auf privat-, teils auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage beruhen.

Von den Moratorien sind natürlich die Retorsions- oder Vergeltungsmaßregeln gegen die feindlichen Ausländer zu

unterscheiden. Diesen Begriff des feindlichen Ausländers, des Alien enemy, hat Großbritannien in die Rechtsordnung des Krieges eingeführt. Es wird der Monarchie und Deutschland nicht bloß zur Ehre, sondern auch zum Nutzen gereichen, daß sie in diesem Belange nicht vorangegangen sind. Der Eingriff in die Privatrechte der Ausländer, die Wiederaufnahme des verjährten Grundsatzes des englischen Common law in diesem Kriege und die Nachahmung, welche diese Methode gerade in Frankreich — im Lande des fanatischesten Eigentumbegriffes — gefunden hat, sind meiner festen Überzeugung nach nicht aus irgend einer klugen, wenn auch amoralischen Berechnung hervorgegangen, sie sind überhaupt nicht Politik gewesen, sondern der Ausfluß einer im schlechten Sinne advokatorischen Schikane. Denn da beide Länder in eminentem Ausmaß internationale Gläubigerländer sind, so können diese Maßregeln wohl dem einzelnen Individuum, nicht aber der Volkswirtschaft unserer Monarchie Schaden verursachen, sie können hier wohl Beunruhigung erzeugen, sind aber in ihrer Wirkung durch Vergeltungsmaßregeln leicht zu paralysieren. Daher ist es notwendig und angemessen, daß die verbündeten Reiche solche Vergeltungsmaßregeln ergreifen, schon, um für den Einzelfall der Schädigung eine Art Kompensationsmasse zur Verfügung zu haben, die den Staat selbst der Schadloshaltung enthebt; aber auch aus dem Grunde, weil Retorsionsmaßnahmen die Selbstbesinnung der Gegner hervorrufen. Die verbündeten Reiche haben sich bei diesen Vergeltungsmaßregeln von den Grundsätzen leiten lassen, daß die letzteren nicht eher zu treffen seien, als bis die zu vergeltenden Maßnahmen der feindlichen Regierung einwandfrei festgestellt sind, daß sie auch nicht über den Rahmen dieser Maßnahmen hinausgehen dürfen und daß offenbar nutzlose und kurzsichtige Maßnahmen nicht nachgeahmt werden dürfen. Nach meiner

Überzeugung üben unsere Vergeltungsmaßregeln schon ihre Wirkung aus. Es sind schon deutliche Anzeichen vorhanden, daß die Selbstbesinnung in England und Frankreich noch während des Krieges eintreten wird.

Eine weitere sofort in die Augen springende äußere Wirkung war die Schließung der Effektenbörsen. Diese Maßregel, in der wir zögernd vorangegangen sind, um zu unserer Überraschung die ganze Welt uns in wenigen Tagen folgen zu sehen, ist volkswirtschaftlich durchaus nicht gleichgültig. Sie verwischt den Unterschied zwischen mobilem und immobilem Kapital, sie macht aus vorübergehenden Reserven der Einzelwirtschaften zwangsweise dauernde Anlagen, mindestens Anlagen für Kriegsdauer; sie greift oft in Kreditbeziehungen ein, deren die Volkswirtschaft nicht entraten kann. Aber sie ist notwendig und gerechtfertigt und ihre Außerkraftsetzung wird unendlich schwieriger sein und ist zum Beispiel in London und New-York viel schwieriger als ihre Einführung.

Denn die mit der Funktion der Börse verbundene Rechtsnorm, daß der Preis, der auf ihr erzielt und öffentlich notiert wird, ein justum pretium, ein angemessener Preis ist, der daher in allen rechtlichen Beziehungen als solcher gelten dürfe, wird zu einer unerträglichen und gefährlichen Fiktion in dem Augenblicke, wo einerseits der Verkehr durch die Kriegsereignisse eingeschränkt, andererseits die psychologischen Elemente des Marktes durch die Perspektive der übergroßen und wechselnden Erscheinungen des Krieges gefälscht und verzerrt werden. Die New-Yorker Börse zum Beispiel wurde geschlossen, weil am 30. Juli 1,307.000 Stück Effekten für europäische Rechnung verkauft wurden. Von den 6 Milliarden Dollars = 30 Milliarden Kronen amerikanischen Wertpapieren, die in Europa untergebracht sind, sollte in diesen Tagen der

Kriegspanik ein großer Teil nach New-York geworfen werden. Keine Volkswirtschaft der Welt — auch die amerikanische nicht — hätte diesem Ansturm widerstehen können.

Von diesen äußerlich wahrnehmbaren Wirkungen des Krieges absehend, versenkt sich der Blick in die tiefer liegenden, schwerer erkennbaren, aber ungleich wichtigeren und interessanteren Einflüsse desselben auf die Produktions- und Absatzverhältnisse der Landwirtschaft und Industrie, auf die Organisation des Arbeitsmarktes, die Einwirkung auf den Konsum, die Veränderungen, die im Geldwerte eintreten und die Methoden zur Deckung der Kriegskosten.

Zwei Momente sind von der wichtigsten und grundlegendsten Bedeutung für die wirtschaftliche Lage in diesem Weltkrieg. Das Eingreifen Großbritanniens und seine Herrschaft auf dem Meere hat den Zweck, aus den beiden verbündeten Reichen eine Art geschlossenen Handelsstaates zu machen, ihre Versorgung mit Nährstoffen und industriellen Rohstoffen zu unterbinden; andererseits ist der Krieg erst im August, im wesentlichen nach Einbringung der Ernte, ausgebrochen.

Das letztere Moment ist für uns von nicht geringer Bedeutung gewesen, weil es naturgemäß die Wirkung des ersteren abschwächte. Die feindlichen Staaten, an ihrer Spitze Großbritannien, haben bekanntlich sehr scharfe Maßregeln ergriffen um uns wirtschaftlich auszuhungern, den Begriff der sekundären Kriegskonterbande willkürlich ausgedehnt, zum Beispiel auch auf Baumwolle, das Recht der Durchsuchung auf den Meeren in außerordentlich einseitiger Weise gehandhabt und auf die neutralen Staaten einen starken Druck ausgeübt, um auch den Transithandel zu uns zu unterdrücken. Dabei läuft der Gedanke mit, den Handel mit den neutralen Staaten an sich zu reißen und Großbritannien scheut eigene wirtschaftliche

Opfer nicht, um wie zum Beispiel durch das Verbot der Zuckereinfuhr den Export von Österreich=Ungarn zu schädigen. Diese Politik findet aber die verbündeten Reiche auf der Hut und erfährt starke Abwehr durch eine Reihe von Maßregeln, die die Ernährung des Heeres und Volkes während der Kriegsdauer sichern sollen. Die deutsche Kriegsdenkschrift führt aus, daß der deutsche Bedarf an Roggen, Hafer und Kartoffeln durch die eigene Ernte gedeckt sei, während an Weizen etwa 2,000.000 Tonnen und an Gerste etwa 3,000.000 Tonnen fehlen. Unter Einrechnung der am 1. Juli 1914 bei den Händlern, Müllern und Bäckern liegenden Vorräte könnte der deutsche Roggenbedarf bis September nächsten Jahres und der Weizenbedarf bis August gedeckt sein. Rußland kommt für Deutschland wesentlich als Lieferant von Futtergerste stark in Betracht und daher ergibt sich in Deutschland ein gewisser Mangel an Futterstoffen, der durch Surrogate gedeckt werden muß.

Was Österreich=Ungarn betrifft, so liegen über die heurige Ernte offizielle Berichte nicht vor. Bekannt ist, daß die Weizenernte in Ungarn schlechter ausgefallen ist wie in den Vorjahren; was die übrigen Ernteergebnisse betrifft, so kann man nach allen Anzeichen, die vorliegen, in Österreich=Ungarn eine Mittelernte in Roggen, in Ungarn überdies eine gute Mittelernte in Mais, für beide Reichshälften eine Mittelernte in Kartoffeln annehmen. Bei normalem Wirtschaftsverlauf sind wir im Durchschnitte der letzten sechs Jahre darauf angewiesen gewesen, ein nicht unansehnliches Quantum Weizen einzuführen, während Roggen durch die eigene Produktion im wesentlichen bis auf einige hunderttausend Meterzentner gedeckt werden konnte. Gerste und vor allem hochwertige Gerste ist ein wichtiger Ausfuhrartikel, bei Mais überwiegt die Einfuhr, bei Mehl dagegen die Ausfuhr. Natürlich haben wir in Betracht zu ziehen, daß im Krieg Galizien sowohl hinsichtlich

eines Teiles seiner Ernte als auch hinsichtlich eines Teiles seiner konsumierenden Bevölkerung auf beiden Seiten der Bilanz in Abzug zu bringen ist. Ein gewisser Mangel liegt in beiden Ländern bezüglich der Leguminosen vor, bei denen auch in normalen Jahren das Wirtschaftsleben auf Einfuhr angewiesen ist. Es sind nun eine Reihe von Maßregeln notwendig, die auch in den beiden Reichen, wenn auch in verschiedenen Zeitpunkten, ergriffen worden sind, um die Kontinuität der Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Dazu gehört nebst Ausfuhrverboten und Erleichterungen der Einfuhr durch Suspendierung der Zölle auf Nährstoffe, die Einschränkung der Verwendung der Rohstoffe für Alkoholerzeugung, die Einschränkung der Verfütterung von Brotgetreide, das stärkere Ausmahlen der wichtigsten Brotstoffe, Weizen und Roggen, die Trocknung von Kartoffeln, um das Kartoffelmehl dem Weizen- und Roggenmehl zusetzen zu können, ferner die gesetzliche Anordnung, daß für die Erzeugung von Brot und Backwaren dem Weizen-, bezw. Roggenmehl in bestimmten Verhältnissen Gersten-, Mais-, Kartoffel-Walzmehl oder sogenannte Kartoffelflocken zuzusetzen sind, welche innerhalb gewisser Prozentverhältnisse das Aussehen, den Geschmack und die Bekömmlichkeit des Brotes nicht beeinträchtigen. Selbstverständlich gehört in dieses Kapitel auch die Erlassung von Höchstpreisen für Getreide und Mehl, ferner die sorgfältige Berücksichtigung der für die Erhaltung des Viehstandes erforderlichen Mindestvorräte an Futterstoffen, um eine für den Fortbetrieb der Landwirtschaft gefährliche Herabminderung des Viehstandes durch Notschlachtungen zu verhüten.

Was die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft betrifft, so ist es ja bekannt, daß dieselbe durch den großen Bedarf für Kriegszwecke einen erheblichen Teil ihrer Produkte bei steigenden Preisen und gegen Barzahlung zu verkaufen im-

stande war. Es darf jedoch nicht außeracht gelassen werden, daß die Landwirtschaft im Kriege gezwungen ist, auch einen erheblichen Teil ihres Betriebskapitals, namentlich des lebenden fundus instructus, Pferde und Zugvieh, zu veräußern. Die in ihrem Besitze befindlichen Geldmittel sind also nicht durchwegs als Ersparnisse anzusehen, sondern müssen zum Zwecke der Wiederergänzung dieses Betriebskapitals, ohne welches auch ein Teil des toten fundus instructus wertlos werden würde, benützt werden. Namentlich die Wiederergänzung des Pferde- und Zugviehbestandes bei Friedensschluß wird eine überaus wichtige und nicht unschwierige wirtschaftliche Frage bilden.

Die Gestaltung der Industrie im Kriege läßt sich nicht aus einem einheitlichen Gesichtspunkte beurteilen. Es kommt in Betracht, ob die betreffende Industrie ihre Rohstoffe im Inlande besitzt, oder aus dem Auslande beziehen muß, ob sie ihren Hauptabsatz im Inlande hat oder auf Export angewiesen ist und endlich, ob ihre Produkte für dauernde Anlagen bestimmt sind, das heißt selbst weder Produktionsmittel darstellen, oder aber Konsumgüter und in letzterem Falle wieder, ob diese Konsumgüter Artikel lebenswichtigen Bedarfes oder Luxusartikel sind. Einer der stärksten Faktoren in der Volkswirtschaft, der in der Regel für das, was man industrielle Konjunktur nennt, ausschlaggebend ist, ist der Bedarf der Volkswirtschaft an neuen Produktionsmitteln für dauernde Anlagen, der Investitionsbedarf. Dieser Bedarf fällt im Kriege zum großen Teile weg. Daher erklärt es sich, daß verschiedene wichtige Produktionszweige, die Bauindustrie, die Industrie der Steine und Erden, die Eisen-, die Maschinen-, die Zement- und die elektrotechnische Industrie mit einem verminderten Absatze und niedrigeren Preisen rechnen müssen, soferne sie nicht indirekt für Kriegszwecke herange-

zogen werden. Alle diese Industrien exportieren nur in relativ geringem Maße, werden also durch die Erschwerungen des Außenhandels nicht berührt und haben ihre Rohstoffe im Inlande. Die Holzindustrie, die dagegen vor allem für die ungarische Reichshälfte als sehr bedeutende Exportindustrie in Betracht kommt und die eben eine schwere Krise durchgemacht hat, hat durch den Krieg eine gewisse Belebung erfahren und geht sogar einer steigenden Konjunktur entgegen, da ihre Produkte für die Wiederherstellung der durch den Krieg angerichteten Zerstörungen mit in erster Linie in Betracht kommen.

Was jene Industrien betrifft, die Konsumgüter produzieren so sind natürlich diejenigen Branchen am stärksten betroffen, welche Luxusartikel oder Exportwaren fabrizieren. Darunter fallen gewisse wichtige böhmische Industrien, wie die Porzellanindustrie, die Glasindustrie, manche Hausindustrie, z. B. die Spitzenindustrie. In diesen Zweigen ist in letzter Zeit eine Besserung wahrzunehmen, weil amerikanische Einkäufer auftreten, die die gegenwärtige Situation dazu benützen, um in großem Stile billig einzukaufen. Die auf diese Weise erworbene Ware wird Eigentum einer neutralen Macht und andererseits kann auch die gewagteste Auslegung des Völkerrechtes nicht Waren, die exportiert werden, als Konterbande erklären.

Wenn wir von diesen Industrien absehen, denen sich gewisse Zweige der Leder-, Papier- und der eigentlichen Luxusindustrie zugesellen, so kann bezüglich der übrigen industriellen Zweige ausgesagt werden, daß die Befürchtungen, die bei Kriegsausbruch bezüglich eines Stillstandes der Industrie gehegt worden sind, sich nicht oder in weit geringerem Maße erfüllt haben.

Die deutschen und die heimischen Industrien, welche Konsumgüter des notwendigen Lebensbedarfes herstellen, haben

in dem Kriege selbst einen ungeheuren Abnehmer gefunden und es sehr wohl verstanden, sich den geänderten Verhältnissen und Bedürfnissen des Krieges anzupassen. Es handelt sich hiebei durchaus nicht bloß um direkte Heereslieferungen, wie bei den Munitions- oder Konservenindustrien, sondern um die ganze Kette des Bedarfes, die von solchen Lieferungen ausgeht. Da es die Signatur der gegenwärtigen Kriegstechnik ist, daß sie alle nur irgendwie erreichbaren technischen und materiellen Hilfsmittel in den Dienst des Kriegszweckes stellt, so folgt namentlich bei Aufgebot so großer Massen daraus, daß die ganze Industrie, die Güter des notwendigen Lebensbedarfes herstellt, von diesem Konsum direkt oder indirekt mitergriffen wird.

Manche Industriezweige, die vor dem Kriege sich in einer mehr oder minder schwierigen und durch Absatzstockung gefährdeten Situation befanden, darunter die besonders wichtige Textilindustrie und die Lederindustrie, haben infolge dieser Anpassungsfähigkeit im Kriege eine gesteigerte Aktivität zu erreichen vermocht. Dasselbe gilt von der für unser Vaterland wichtigen Konfektionsindustrie, die zum Teile Hausindustrie ist, von der Wäsche- und Schuhindustrie, von manchen Zweigen der metallverarbeitenden Industrien, der Drogenindustrie und den Verpackungsindustrien, Baumwoll- und Papiersäckeindustrie. Die Fettindustrie und die Fett weiter verarbeitenden Industrien sind, soweit sie nicht unter dem Mangel an Rohstoffen leiden, selbstverständlich voll beschäftigt.

Unsere größten Industrien sind nun aber jene, welche Erzeugnisse der Landwirtschaft weiterverarbeiten. Die Reisindustrie, die ihren Rohstoff ausschließlich aus dem Auslande beziehen muß, war infolge des Zeitpunktes des Kriegsausbruches mit Rohstoff für ein ganzes Jahr gedeckt und hat infolgedessen eine ganz normale Situation.

Die Zuckerindustrie, eine der bedeutendsten und die für den Export am meisten in Betracht kommende Industrie, ist begünstigt durch eine befriedigende Ausbeute an Zucker aus der Rübe. Ihr ökonomisches Schicksal wird aber davon abhängig sein, ob der Zuckerexport entweder ermöglicht oder der Zucker als Surrogat-Nahrungsmittel in erhöhtem Maße im Inlande herangezogen werden wird. Durch die Einschränkung des Alkoholgenusses und durch die Notwendigkeit, gewisse Rohstoffe für den unmittelbaren Nahrungsmittelbedarf zu erhalten, sind betroffen: die Spiritusindustrie, die Brauindustrie und in gewissem Sinne auch die Malzindustrie, sehr bedeutende Zweige unseres Wirtschaftslebens. Nebst der Malzindustrie, die auf Export angewiesen und denselben teils infolge der natürlichen Entwicklung der Verhältnisse, teils wegen der Ausfuhrbeschränkung nur in geringem Maße zu pflegen vermag, ist durch die Exportschwierigkeiten auch die Hopfenbranche, die für unsere Ausfuhr gleichfalls in Betracht kommt, beeinflußt.

Die Petroleumindustrie würde günstige Zeiten haben, wenn nicht die Erneuerung des Rohstoffes infolge der Kriegsereignisse erschwert wäre.

Was endlich die Kohlenindustrie betrifft, so wirken auf sie die Höhe des Arbeiterstandes, der durch die Einberufungen selbstverständlich stark herabgemindert ist, die Transportverhältnisse und der Absatz ein. Der letztere ist günstig, während die beiden ersteren Momente auf die Kohlenindustrie ungünstig einwirken müssen.

Alles in Allem genommen, stellt es sich jedoch erfreulicherweise heraus, daß die Befürchtungen, die hinsichtlich der Lage der Industrie zu Beginn des Krieges gehegt worden sind, in erster Linie die Rückwirkung desselben auf die Verhältnisse des Arbeitsmarktes, sich in einer großen Zahl von Industrien

bisher nicht verwirklicht haben. Abgesehen von den Maßnahmen, die in zielbewußter Weise in den verbündeten Reichen getroffen worden sind, um das wichtige Problem der Erhaltung des Arbeiterstockes, namentlich der geschulten Arbeiter, für die Volkswirtschaft zu lösen, ein Problem, das nicht nur sozialpolitischen, sondern auch in hohem Maße wirtschaftspolitischen Charakter hat (die Einrichtung von Arbeitsnachweisungen, Beschäftigung Arbeitsloser bei Befestigungsarbeiten, die ermäßigten Beförderungssätze für Arbeitssuchende, die Agitation gegen sinnlose Einschränkung des Bedarfes, endlich die Fürsorge für die Arbeitslosen, die mit dankenswerter Energie von offizieller und privater Seite in Angriff genommen worden ist), ergibt es sich, daß bis jetzt die Lage des Arbeitsmarktes, auch wo es sich nicht um direkte Heereslieferungen handelt, nicht ungünstig genannt werden darf. Allein es wäre anderseits eine Verkennung der Verhältnisse, wenn man in dieser Sachlage — wie das ab und zu geschieht — eine Art Konjunktur erblicken wollte. Der Krieg kann für den Einzelnen unter Umständen eine Konjunktur bilden, für die Volkswirtschaft im Ganzen ist er es selbstverständlich, auch abgesehen von seinen Zerstörungen, nicht. Was sich heute vor unseren Augen in denjenigen Industriezweigen, die durch die Verhältnisse begünstigt sind, abspielt, das ist die schließliche Verwandlung von Rohstoffen und Halbfabrikaten in Bargeld und Bankguthabungen. Dieser Prozeß ist selbstverständlich für den einzelnen Unternehmer in einer geld- und kreditwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft, solange er dauert, ein Vorteil. Für die Volkswirtschaft als Ganzes ergibt sich aber daraus ein Problem, dem nachzusinnen und für welches die richtigen Lösungsmittel zu finden und mit aller Energie durchzuführen, nunmehr eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsmänner und

aller am Wirtschaftsleben aktiv beteiligten Faktoren ist und bleiben muß: das ist die Wiederversorgung der Wirtschaft mit solchen Rohstoffen, die aus dem Auslande importiert werden müssen. Denn der Reichtum an barem Gelde und Bankguthabungen, der sich aus einer Entwicklung, wie die oben geschilderte ergibt, kommt daher, daß Betriebskapitalien der Industrie, die sonst in einem ewig fortrollenden Zirkulationsprozesse aus dem Erlös der Fertigprodukte erneuert werden und wieder als Rohstoffe und Produktionsmittel erscheinen, infolge der Störung des Zirkulationsprozesses Geldform erlangen und behalten. Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist aber nicht die Erzielung von Bargeld oder Bankguthaben, sondern die stets sich erneuernde Güterversorgung. Daraus ergibt sich die unendliche Wichtigkeit der Aufgabe, Rohstoffe heranzuziehen, welchem Zwecke auch eigens organisierte Zentralstellen dienen, damit nicht an das Ende des oben geschilderten ökonomisch anscheinend günstigen verlaufenden Prozesses ein Phänomen tritt, das ich bildlich als eine „entgüterte Volkswirtschaft“ bezeichnen möchte.

Mit dieser Wirtschaftsentwicklung hängt auch die Preisbewegung der fremden Valuten zusammen. In der für uns wichtigsten fremden Währung, der Markwährung, ist infolge der Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland, teilweise auch infolge von zweckmäßigen Maßregeln, wie zum Beispiel der in Deutschland abgeschlossenen Markanleihe, die Preiserhöhung eine mäßige. Wir sind aus begreiflichem Grunde nicht imstande gewesen, den sehr beträchtlichen Goldschatz unserer Zentralbank aus der inneren Zirkulation so zu erhöhen, wie es in Deutschland geschehen ist, wo er seit Kriegsausbruch um mehr als 700 Millionen gestiegen ist, und bei uns wie in Deutschland ist der Verkehr auf solid fundierte Kreditzahlungsmittel ange-

wiesen. Gleichwohl sehe ich kein Symptom, das auf eine Inflation im inneren Verkehr des Reiches schließen lassen würde. Der Geldverkehr bewegt sich vielmehr in durchaus geregelten Bahnen, wenn er auch — ebenso wie in Deutschland — durch den Stillstand in den internationalen Kreditbeziehungen einen Charakter angenommen hat, der neben das Bild des geschlossenen Handelsstaates auch das Bild des geschlossenen Währungsgebietes setzt. In dieser Annahme darf uns die Steigerung der Wechselkurse, sowohl der feindlichen Länder, als auch der neutralen Gebiete nicht beirren. Ein Land, das im Kriege ist, muß im Interesse und zur Erfüllung seines Kriegszweckes auf die Aufrechterhaltung und Vermehrung seines Güterbestandes bedacht sein, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Der Export, selbst wenn er vom Standpunkte der internationalen Verkehrsverhältnisse möglich wäre, tritt in zweite Linie. Dieser Umstand erhöht den Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln und der Stillstand in den internationalen Kreditbeziehungen verringert das Angebot, das sonst durch banktechnische Hilfsmittel ergänzt wird. Aufgabe einer vorsehenden Finanz- und Währungspolitik wird es sein, den Abbau dieses Zustandes für den kritischen Moment, das ist für jenen der Einstellung der Feindseligkeiten, entsprechend vorzubereiten.

Für unser Geldwesen und dessen Überleitung in normale Bahnen war jedoch und bleibt von der größten Bedeutung der Erfolg der Kriegsanleihe bei uns, sowie in Deutschland. Deutschland hat bekanntlich 5%ige Reichsschatzscheine im Betrage von einer Milliarde Mark, rückzahlbar 1918—1920 zum Nennwerte und 5%ige Rente, unkündbar auf zehn Jahre, in unbestimmtem Ausmaße aufgelegt. Der Erfolg war ein voll-

ständiger. Es wurden rund 1340 Millionen Schatzanweisungen und 3·12 Milliarden Reichsanleihe, zusammen 4460 Millionen gezeichnet, davon bei der Reichsbank und ihren Zweiganstalten 479 Millionen, bei den Banken und Bankiers 2895 Millionen, bei den Sparkassen und bei den Lebensversicherungsgesellschaften zusammen 1085 Millionen. Die größte Zahl von Einzelzeichnungen fällt auf die Beträge von 600 bis 2000 Mark mit 453.000 Einzelzeichnungen, die zusammen 587 Millionen erbracht haben; die größte Summe auf die Zeichnungen über eine Million, 210 Einzelzeichnungen mit 869 Millionen. Die Darlehenskasse wurde für den Zweck der Leistung der Einzahlungen auf die Kriegsanleihe mit 710 Millionen Mark in Anspruch genommen.

Österreich und Ungarn sind bei ihren Anleihensbegegnungen insoferne verschiedene Wege gegangen, als Österreich 5jährige Schatzanweisungen, 5½ %ig, Ungarn 6%ige Rente ausgegeben hat, die aber auch infolge besonderer Bestimmungen für den Sperrstückezeichner den Charakter einer nach fünf Jahren zum Nennwerte rückzahlbaren Schatzanweisung trägt. Der Erfolg war in beiden Ländern der Monarchie ein vollkommener, es sind mehr als drei Milliarden gezeichnet worden, davon in Österreich über zwei Milliarden. Eine Statistik wie in Deutschland liegt noch nicht vor. Die Wahl des Typus ist als eine glückliche zu bezeichnen, die den finanziellen Erfolg mit Schonung wirtschaftlicher Interessen zu erringen verstand. Denn die Vermeidung eines allzuhohen Zinsfußes ist von vorteilhaftem Einfluß auf diejenigen Vermögenswerte, die durch Kapitalisierung eines Ertrages ermittelt werden (wie z. B. auf den Hausbesitz, den Kurs der Pfandbriefe 2c.) Da bei Schließung der Börsen die deutschen Reichsanleihen sich noch mit 4 Prozent, die österreichischen Renten mit 5 Prozent verzinsten, so ist auch der Kurs, zu

welchem bei uns die Schatzanweisungen begeben wurden, als ein für den Staat fast noch günstigerer zu bezeichnen, als in Deutschland. Die Plazierung der Anleihe erfolgte in Österreich unter der sachkundigen und energischen Führung der Postsparkasse, welche sich der Mitwirkung der österreichischen Banken und Sparkassen in weitem Maße bediente, und eine Neueinrichtung, die Rentensparkasse, hat sich hiebei mit günstigem Erfolg eingeführt.

Die wirtschaftliche Bedeutung dieser großen Anleiheoperationen liegt nicht bloß darin, daß sie der Monarchie für eine längere Zeit die Mittel zur Kriegführung zur Verfügung stellt und für die Einziehung der infolge der Kriegsverhältnisse ausgegebenen Banknoten vorsorgt, sondern auch darin, daß sie als ein glücklicher Erfolg großer wirtschaftlicher Kraftentfaltung den Ansporn dazu gibt, auch an die Endprobleme, die uns der Krieg stellt, mit dem Aufgebote aller Kraft und zielbewußt heranzutreten. Zu diesen Problemen zählt natürlich mit in erster Linie auch die Vorbereitung des Friedens. Der Krieg ist kein Selbstzweck, aber ein Zweck, hinter den, solange er dauert, alle anderen Zwecke zurücktreten müssen. Allein selbst unter der Einwirkung seiner harten, weil auf der äußersten Notwendigkeit beruhenden Gebote, muß jede Maßregel, die durch den Kriegszweck bestimmt wird, soweit dies mit dem letzteren verträglich ist, darauf geprüft werden, wie sie sich mit der Vorbereitung für den Frieden vertrage.

Der Krieg, auf dessen siegreiches Ende wir zuversichtlich hoffen, wird uns vor ungeheure wirtschaftliche Aufgaben stellen und bedeutsame Möglichkeiten eröffnen, die heute schon vorgezeichnet sind durch das politische Bündnis, das bis an den persischen Meerbusen reicht. Österreich-Ungarn, das zwischen Deutschland und der Türkei und Kleinasien

gelegen ist, wird bei verständnisvoller Ausnützung dieser geographischen Situation an der Seite seines Bundesgenossen eine wichtige wirtschaftliche Rolle zu erfüllen berufen sein.

Wir und Deutschland führen diesen Krieg, der uns vielfach aus Gründen wirtschaftlichen Wettbewerbes aufgedrängt worden ist, zu dem Zwecke, um die Eigentümlichkeiten und wertvollen Güter unserer geistigen und sittlichen Kultur ungehindert pflegen und erweitern zu können. Die Grundlage jeder höheren geistigen und sittlichen Kultur ist aber, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt des ganzen Reiches und aller Klassen gedeihe. Für sie müssen wir Sorge tragen, damit die mitteleuropäische Kultur der verbündeten Reiche, die, wie wir täglich sehen, die feinsten und edelsten Blüten der Selbstaufopferung, des Heldenmutes und der Hilfsbereitschaft hervorbringt, unseren Nachkommen erhalten bleibe. Wir wollen unsere Kultur unseren Feinden, die uns Barbaren nennen, nicht aufdrängen. Die alle Volkskraft aufpeitschende Bedeutung dieses Krieges ist vielmehr, daß unsere Feinde uns zwingen, die Kultur, die wir ererbt von unseren Vätern haben, zu e r k ä m p f e n, um sie zu besitzen.
